

DER TAGESSPIEGEL

Die Türkei, Europa und die CSU  
Erst zuhören, dann reden

Verkraftet die Europäische Union einen Beitritt der Türkei? Im Dezember entscheiden die Staats- und Regierungschefs der EU, ob Verhandlungen mit dem Land an der Grenze des Kontinentes aufgenommen werden. Sie dürfen dabei nicht die Frage ausklammern, ob das Bündnis selbst den Problemen gewachsen wäre, die mit dem Beitritt der Türkei verbunden wären. Wer nur über dessen Chancen und nicht auch über die Gefahren redet, stellt die europäische Integration selbst zur Disposition. Wenn die bayerische CSU also nun über eine Unterschriftenaktion gegen die türkische EU-Mitgliedschaft sinniert, kann man das populistisch nennen und an Roland Kochs Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft denken. Damals wie heute aber gilt: Wenn die Bürger das Gefühl haben, ihre Sorgen würden nicht gehört, suchen sie ein Ventil. Dagegen hilft keine Polemik, sondern nur: Zuhören, aufklären, nachdenken.

— Seite 4

Telekom kauft T-Online zurück  
Log in

Als Kunde konnte man das sowieso nicht verstehen: Wer seinen Telefon- und Internetanschluss bei der Telekom hatte, musste feststellen, dass die T-Com nicht wusste, was man mit T-Online vereinbart hatte. Jetzt soll das Chaos ein Ende haben, denn auch strategisch hat das unabgestimmte Verhalten der beiden Konzernteile dem Unternehmen geschadet. Beide haben sich zu viel Konkurrenz gemacht, sich gegenseitig Kunden abspenstig gemacht und – wie etwa bei der Entwicklung der Online-Musikplattformen – teuer nebeneinanderher gearbeitet. Mit der Wiedereingliederung der T-Online soll das nun ein Ende haben. Telekom-Chef Kai-Uwe Ricke hat dafür auch schon persönlich vorgesorgt. Im Vorstand wird es künftig nur einen Manager, Walter Raizner, geben, der das Festnetz- und Internetgeschäft verantwortet. Die Telekom-Aktionäre könnten davon langfristig profitieren. Die T-Online-Aktionäre haben das Nachsehen.

— Seite 24

DAS wahre WORT ZUM SONNTAG



„Es ist höchste Zeit, dass Ostdeutsche ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.“

Ministerpräsident Matthias Platzeck zu seiner Entscheidung, ausschließlich Ostdeutsche für die SPD-Ministerposten zu benennen.

Darüber spricht ganz ...  
... Südafrika

WOLFGANG DRECHSLER über das Knochenwerfen bei Krankheiten

Mit seinen schlanken Glastürmen wirkt Johannesburg wie das New York der südlichen Halbkugel. Doch der erste Eindruck täuscht: Wer sich in das Innere des südafrikanischen Industriemolochs wagt, bemerkt rasch, dass Erste und Dritte Welt hier verschmelzen. In einer kleinen Ladenzeile, gleich gegenüber einem der Glasteppel, arbeitet Olga Mokwena in ihrer Arztpraxis. Die in ein buntes Tuch gehüllte Frau schüttet den Inhalt eines kleinen Sacks aus Tierfell auf eine Strohmatten und schaut prüfend auf das Gemisch an Tierknochen, Schalen und Schmuckstücken. Mokwena „wirft Knochen“, um die Krankheit einer jungen Patientin zu ermitteln. Ein praktischer Arzt würde bei der Frau mit dem schweren Mundausschlag womöglich Aids feststellen. Doch Mokwena, ein Sangoma oder traditioneller Heiler, vermutet andere Gründe. Sie glaubt, dass die Krankheit aus einem Mangel an Respekt gegenüber den Vorfahren herrührt, die deshalb keine Heilkraft mehr spenden. Zur Abhilfe mischt sie einen Trunk aus Kräutern und Baumrinde und murmelt dabei eine Formel. Sie behauptet, schon Patienten mit Aids geheilt zu haben.

Zur Abhilfe mischt sie einen Trunk aus Kräutern und Rinde

Mokwena mag wie ein Scharlatan klingen. Gleichwohl haben Heilerinnen wie sie zuletzt an Zulauf gewonnen. Dutzende verdienen hier inzwischen ihren Lebensunterhalt als Sangomas und verkaufen nebenher die Rohmaterialien ihrer Arbeit wie Innereien, Rinden oder Wurzeln. Anders als zu Apartheidzeiten können die Heilerinnen ihr Gewerbe inzwischen ganz offen ausüben – und immer mehr Firmen, wie etwa der Stromkonzern Eskom, offerieren ihren Angestellten im Rahmen einer Krankenversicherung auch den bezahlten Besuch beim Sangoma.

Die enorme Popularität der Heiler hat nun auch das Parlament auf den Plan gerufen. Gerade erst hat es einen Gesetzentwurf erlassen, mit dem die Leistungen der traditionellen Heiler nun erstmals allgemein anerkannt werden. Gleichzeitig verpflichtet das Gesetz die Sangomas dazu, gewisse Mindeststandards bei der Ausübung ihres Berufs zu beachten. So sollen Heiler wie Mokwena künftig keine Medikamente mehr gegen Aids oder Krebs verschreiben dürfen. Insgesamt soll es vier Kategorien von Heilern geben: Wahrsager und Hellscher, Kräutlerärzte, Geburtshelfer und traditionelle Chirurgen. Die wegen ihrer Aidspolitik umstrittene Gesundheitsministerin zeigt sich „tief befriedigt“, mit dem neuen Gesetz die „durch die Kolonisierung bedingte abschätzbare Behandlung der traditionellen schwarzen Heilkunst“ ein für allemal beendet zu haben. Was immer man auch über die Sangomas denken mag: im neuen Südafrika liegen sie voll im Trend.

Jetzt lachen sie wieder, Deutschlands Sozialdemokraten und ihr Kanzler. Die Protestwelle gegen die Sozialkürzungen ebbt ab. Auch die C-Parteien beziehen nun Wählerprügel für ihre Reformdrohungen. Und auf dem Arbeitsmarkt sei eine „Trendwende zu erwarten“, verspricht der Wirtschaftsminister. Alles in Ordnung also? Geht es wieder aufwärts in Deutschland?

Schön wär's. Doch die Wende wird nicht eintreten. Denn der von Deutschlands Wirtschaftselite mit Hilfe von Rot-Grün verfolgte Radikalumbau führt geradewegs in den weiteren Niedergang. Dabei ist die Kürzung der Arbeitslosenhilfe nur der jüngste Baustein eines längst gescheiterten Konzepts: Sinkende Löhne, Entlastung der Arbeitgeber von Sozialabgaben und weitgehende Steuerfreiheit für Kapitalerträge – all das soll die Gewinne der Unternehmen steigern. Werde diese Strategie nur lange genug verfolgt, dann investieren die Begünstigten wieder, schaffen damit zusätzliche Arbeitsplätze – und alles wird gut. So lautet der seit mehr als einem Jahrzehnt von Unternehmerverbänden und ihren akademischen Wasserträgern verkündete Kindergrabe. Und genau so wird es niemals funktionieren. Wäre diese Strategie erfolgreich, dann müsste Deutschland längst wieder zur europäischen Wachstumslokomotive aufgestiegen sein. Schließlich ist die Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben

Löhne sind eben nicht nur Kosten, sondern schaffen auch Nachfrage

in den letzten Jahren ordentlich vorangekommen.

So stiegen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zwischen 1990 und 2002 abzüglich der Inflation um satte 40 Prozent. Die Gewinne von Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) legten sogar um 75 Prozent zu, Löhne und Gehälter dagegen lediglich um sieben Prozent. Und das auch nur Brutto. Nach Steuern und Abgaben sind die tatsächlich verfügbaren Einkommen der abhängig Beschäftigten heute um ein knappes Prozent geringer als vor 14 Jahren. Die Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen haben dagegen fast 50 Prozent mehr. „Wir können nur das verteilen, was wir vorher erwirtschaftet haben“, sagt Gerhard Schröder, wenn er seinen Wählern Verzicht predigt. Diese Aussage ist irreführend, weil fortwährend ganz ordentlich verteilt wird. Nur ist eben die Erwerbsarbeit nicht mehr das Medium, über das der wachsende Reichtum unter die Leute kommt. Vom gesamten Wirtschaftswachstum der vergangenen anderthalb Jahrzehnte, preisbereinigt immerhin 270 Milliarden Euro jährlich, haben die Arbeitnehmer nichts gesehen. Und selbst das beschönigt die wachsende Ungleichverteilung. In der Lohnsumme enthalten sind auch die extrem angewachsenen Gehälter von Spitzenmanagern und anderen hoch qualifizierten Fachkräften. De facto muss sich also ein erheblicher Teil der Bevölkerung seit langem mit sinkenden Einkommen begnügen.

Kein Wunder, dass jede seriöse volkswirtschaftliche Analyse in der Feststellung mündet, das Kernproblem der deutschen Ökonomie sei die mangelnde Binnennachfrage. Dieser Umstand ist die zentrale Ursache für den anhaltenden Niedergang der Investitionen und die damit einhergehende Stagnation. Denn für zusätzliche Produkte oder Dienstleistungen gibt es einfach keinen Markt hierzulande. „Autos kaufen keine Autos“, die banale Erkenntnis, mit der vor einem Jahrhundert Henry Ford die Verdoppelung der Löhne seiner Arbeiter begründete, ist heute noch so wahr wie damals. Und so wie damals das „Wall Street Journal“ Ford zum „Wirtschaftsverbrecher“ erklärte, geißelt heute Konzernstrategen und ihre medialen Auguren jeden zum Modernisierungsfeind, der an die simple Tatsache erinnert, dass Löhne eben nicht nur Kosten sind, sondern auch Nachfrage schaffen.

Trotzdem setzt die Schröder-Regierung alles daran, die Masseneinkommen weiter nach unten zu treiben. Das Unheil begann mit der Unternehmenssteuerreform im Jahr 2000. Obwohl bereits die Kohl-Regierung die Steuerlast der Unternehmen in großem Umfang gesenkt hatte, legten Schröder und sein Eichel noch eins drauf. So verlor die öffentliche Hand Einnahmen in Höhe von rund 20 Milliarden Euro pro Jahr.

Weitere sechs Milliarden Euro jährlich kostet die Senkung des Spitzensteuersatzes von 48,5 auf 42

Prozent, die wiederum die ohnehin Privilegierten begünstigt. 26 000 000 000 Euro – damit könnten 100 000 Lehrer bezahlt und obendrein noch 16 000 marode Schulen mit einer Million Euro jährlich saniert werden. Stattdessen wurden gigantische Defizite vorwiegend herbeigeführt. Seitdem agiert der Staat selbst als Krisentreiber. Jugendzentren, Bibliotheken, Schwimmbäder müssen schließen. Die präventive Jugend- und Sozialarbeit wird abgeschafft. Und die Kommunen kürzten ihre Investitionen um über 30 Prozent, was bei Handwerksbetrieben und anderen regional tätigen Unternehmen zigtausende Jobs kostete.

Zum anderen legte Rot-Grün unter dem Tarnnamen Agenda 2010 ein Sparprogramm auf, das die Milliarden geschenkt an die Gewinner der Gesellschaft durch Kürzungen bei den Verlierern wieder reinholen soll. Die Einsparungen bei den Arbeitslosen entsprechen dabei in etwa den Mindereinnahmen infolge des abgesenkten Spitzensteuersatzes. Gleichzeitig wollen die neuen Sozialdemokraten die Misere am Arbeitsmarkt dadurch beheben, dass künftig die Arbeitsvermittler der Bundesagentur ihre Kunden zur Annahme von Jobs zwingen, die 30 Prozent unter Tarif bezahlt werden. Das ist wirtschaftspolitischer Unfug. Welchen Sinn macht es, denen, die schon alles haben und nicht viel mehr konsumieren werden, noch mehr zu verschaffen und bei denen zu kürzen, die ohnehin jeden Euro ausgeben? Und wie soll jemals die deutsche Binnenkonjunktur in Gang kommen, wenn jetzt das Lohngefüge auf breiter Front aufbricht und die gesamte Mittelschicht unter Abstiegsdruck gesetzt wird?

Wer nicht richtig rechnet

Rot-Grün betreibt eine Umverteilung von unten nach oben – und verschärft so die wirtschaftliche Lage des Landes

VON HARALD SCHUMANN



Tatsächlich gibt es kein Industrieland, das mehr exportiert

sätze keineswegs nachlässt. Denn der Fiskus betrügen will, den hält nichts zurück außer ein erhöhtes Entdeckungsrisiko. Darum ist jeder Steuerfahnder ein Vielfaches seines Gehaltes wert – eine Erkenntnis, die in den Vereinigten Staaten zu einer massiven Erhöhung des Fahndungsdrucks führte. Merkwürdig auch, dass trotz des Globalisierungsdrucks in den meisten Industriestaaten mehr Steuern auf Gewinne und Kapitalerträge eingetrieben werden als in Deutschland. In Großbritannien etwa entsprechen die Gewinnsteuern über sechs Prozent der Wirtschaftsleistung. Bei uns ist es fast ein Drittel weniger.

Erst recht absurd ist das Argument, die Löhne müssten sinken, weil die deutsche Industrie sonst im globalen Wettbewerb nicht mithalten könne. Tatsächlich gibt es überhaupt kein Industrieland, das mehr exportiert als Deutschland. Ein Zehntel des gesamten Weltexports kam im vergangenen Jahr von hier. Weil dieser Erfolg so gar nicht zum Standortgejammer passt, erfand Hans-Werner Sinn, Direktor

des Ifo-Instituts und Chefideologe der Abbaustrategen, flugs das Stichwort von der deutschen „Basar-Ökonomie“, die ihre Exportwaren „in zunehmendem Maße nicht mehr selbst erzeugt, sondern in seinem osteuropäischen Hinterland erzeugen lässt“ – eine lächerliche These. Selbstverständlich nutzen Deutschlands Unternehmen die internationale Arbeitsteilung für den Bezug von Vorprodukten. Wie anders sollten sie sich sonst ihre Spitzenstellung erhalten? Nicht trotz, sondern wegen der geschickten Nutzung der weltweiten Vernetzung konnte die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Automobilindustrie in den letzten zehn Jahren um 20 Prozent steigen, obwohl die Inlandsnachfrage stagniert. So haben über acht Millionen Menschen in Deutschland durch die Nachfrage im Ausland Arbeit. Unterm Strich erwirtschaften sie einen Handelsüberschuss von 90 Milliarden Euro im Jahr. Dass nun ausgerechnet ein Großökonom wie Sinn die internationale Arbeitsteilung in Frage stellt und wie die Nationalisten des letzten Jahrhunderts auf mehr Autarkie pocht, offenbart, wie tief das Niveau der wirtschaftspolitischen Debatte gesunken ist.

All das heißt keineswegs, dass nichts reformiert werden müsste, gerade in den sozialen Sicherungssystemen. So sind die hohen Sozialabgaben sehr wohl ein starkes Wachstumshindernis. Ohne sie könnte der unterentwickelte Arbeitsmarkt für personennahe Dienstleistungen – vom PC-Support bis zur häuslichen Pflege – viel rascher expandieren. Wichtigste Ursache dafür sind aber nicht überbordende Ausgaben. Der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt ist heute genauso hoch wie

1975. Ein Strukturfehler ist vielmehr, dass ein Drittel des Volkseinkommens (Beamte, Selbständige, Rentiers) an der Finanzierung der Sozialversicherungen gar nicht beteiligt ist, weil diese fast ausschließlich über die Lohnneinkommen läuft und darum wie eine Strafsteuer auf Arbeit wirkt. Darum spricht viel dafür, die Rentenversicherung wie in der Schweiz auf sämtliche Einkommen auszuweiten. Damit könnten die Beitragssätze drastisch sinken. Begünstigt wäre vor allem gering entlohnte Arbeit.

Auch bei der Reform des Arbeitsmarktes können die Erfahrungen erfolgreicher Nachbarländer nützlich sein, auf die der Bundeskanzler so gern verweist. Dabei nur die Bausteine aufzugreifen, die den Forderungen der Unternehmerverbände entsprechen, ist allerdings verlogen. Dänemark zum Beispiel hat den Kündigungsschutz radikal geschliffen. Dänische Unternehmen sind damit hochgradig flexibel. Dafür aber wird die Formel „Fördern und Fordern“ wirklich ausgefüllt. Dänische Arbeitslose erhalten bis zu 89 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens und werden nicht nach einem Jahr zu Almosenempfängern. Vielmehr haben sie solange einen Anspruch auf Zahlung, Ausbildung und Vermittlung, bis sie wieder Arbeit haben. Darum ist die dänische Arbeitsmarktpolitik fast 40 Prozent teurer als die deutsche, und das bei nur halb so hoher Arbeitslosenquote. Dementsprechend sind die Steuern weit höher als südlich der Grenze. Vor allem aber hat sich Dänemark nicht gegen, sondern mit seinen Arbeitnehmern saniert: Die Lohnneinkommen steigen seit Jahren weit über der Inflationsrate, der wachsende Reichtum aus steigender Produktivität erreicht die ganze Bevölkerung. Darum läuft die Konjunktur rund und die Staatsausgaben sind im Lot.

Dieses Ziel wird von der Mehrzahl der deutschen Radikalreformer aber gar nicht mehr verfolgt. Vielmehr propagieren sie penetrant „schmerzhaft“ Kürzungen, die nicht nur stets zu Lasten der Schwächeren gehen, sondern auch garantiert kein Wachstum bringen. Das hat den Vorteil, dass man eine höhere Dosis der gleichen unwirksamen Arznei fordern kann. So

Das Ziel: eine grundsätzlich andere Verteilung von Einkommen

mahnte der Chef der Arbeitgeberverbände, Dieter Hundt, dieser Tage allen Ernstes eine nochmalige Senkung der Unternehmenssteuern an. Und Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der Industrie, erklärte, das neue Arbeitslosengeld II müsse noch einmal um 25 Prozent gekürzt werden. Wie die so dringend geforderte Bildungsreform oder die Familienförderung bezahlt werden soll, darüber schweigen sie sich aus.

So wird der Verdacht immer dringender, dass es den Apologeten des Verzichts gar nicht um wirtschaftliche Erfolge geht. Ihr Ziel ist vielmehr eine grundsätzlich andere Verteilung von Einkommen und Macht, mit der die Grenzen zwischen oben und unten endlich wieder klar definiert sind. Anders ist kaum zu erklären, dass sie ihre eigenen Bezüge am US-Vorbild orientieren, bei den Einkommen ihrer Beschäftigten aber auf Polen verweisen. Der Blick in die erfolgreichen skandinavischen Länder offenbart, wo das eigentliche Problem liegt: Dort stehen die Eliten zu ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt. Hierzulande strebt die Mehrheit der Gewinner eine gespaltenere Gesellschaft nach angelsächsischem Vorbild an. Das aber ist ein Spiel mit dem Feuer, weil es große Teile der Bevölkerung zuerst in die Resignation und dann den rechtspopulistischen Verführern in die Arme treibt. Wie groß das Risiko ist, war Ludwig Erhard noch bewusst. Als Anfang der 50er Jahre eine Streikbewegung ausbrach, mahnte er: „Das soziale und demokratische Element unserer Wirtschaftsordnung findet seine Verwirklichung in Verteilungsgerechtigkeit. Denn die Demokratie ist noch niemals durch mächtige Organisationen vor dem Verfall bewahrt worden. Sie wird nur so lange bestehen, als sie von den Menschen mitgetragen wird.“



Der Autor ist Redakteur für besondere Aufgaben des Tagesspiegels.